

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2976

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2976



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Wirkungslose Konjunkturprogramme

*Weshalb Corona-Soforthilfen für die Schweiz
ausreichen*

analyse

Samuel Rutz

Konjunkturprogramme erleben in der Corona-Krise ein internationales Comeback. Auch in der Schweiz ertönten schon kurz nach Ausbruch der Pandemie erste Rufe nach fiskalischen Massnahmen. Eine Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist derzeit nicht sinnvoll, denn zahlreiche Indikatoren weisen darauf hin, dass die Schweiz nicht in eine langanhaltende Rezession abgleiten wird.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Nutzen von Konjunkturprogrammen oft äusserst bescheiden ausfällt. Die Stimulierung des privaten Konsums scheitert meist daran, dass die Haushalte zusätzliches Einkommen in Krisensituationen nicht ausgeben, sondern auf das Sparkonto legen. Und staatlichem Konsum zur Ankurbelung der Konjunktur – etwa in Form von Investitionsprogrammen – haftet der Makel an, dass geeignete Projekte oft Mangelware sind und die Wirkungen meist erst dann einsetzen, wenn sich die Konjunktur wieder erholt.

Triftige Gründe, um über die aktuellen Corona-Soforthilfen hinausgehende Konjunkturpakete zu schnüren, sind zurzeit in der Schweiz nicht erkennbar. Stattdessen sollten jedoch weiterhin konsequent alle Massnahmen unterstützt werden, die der direkten Pandemiebekämpfung dienen – etwa Ausgaben für Test and Tracing oder für die Zulassung und Produktion von Impfstoffen.

_ Die Renaissance eines alten Rezepts	_ 3
_ Rufe nach Konjunkturprogrammen auch in der Schweiz	3
_ Grosser Unterschied zwischen Soforthilfen und Konjunkturprogrammen	_ 4
_ Konjunkturprogramme ergeben derzeit keinen Sinn	_ 5
_ Kein akutes nachfrageseitiges Problem	5
_ Aussicht auf konjunkturelle Erholung	6
_ Konjunkturprogramme nur als Ultima Ratio	8
_ Wenig effiziente Möglichkeiten zur Steuerung des Konsums	_ 9
_ Steigende Sparneigung in Krisenzeiten	9
_ Investitionsprogramme kommen in der Regel zu langsam und zu spät	9
_ Deutlich mehr Kosten als Nutzen	_ 11
_ Zielgerichteter Einsatz öffentlicher Mittel zur Pandemiebekämpfung	11
Literatur	12

Die Renaissance eines alten Rezepts

Staatliche Konjunkturprogramme haben eine lange Geschichte¹ und werden heute beinahe reflexartig, sobald die Wirtschaft in eine Krise abzurutschen droht, gefordert und – zumindest in Teilen – auch umgesetzt. Fiskalische Impulse zur Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und somit Abfederung einer Rezession kamen etwa im Rahmen des «New Deals» während der Grossen Depression in den 1930er Jahren und letztmals während der Finanzkrise 2008 in grossem Stil zum Einsatz (OECD 2009).

Sie erleben nun in der Corona-Krise ein internationales Comeback: Die deutsche Bundesregierung plant «konjunkturelle Impulse» im Umfang von 130 Mrd. €, in Österreich sollen 19 Mrd. € zur Stützung der Wirtschaft ausgegeben werden (Bundesfinanzministerium 2020, Republik Österreich 2020) und auch Frankreich hat ein 100 Mrd. € schweres Investitionsprogramm beschlossen (SRF 2020).

Rufe nach Konjunkturprogrammen auch in der Schweiz

In der Schweiz ertönten ebenfalls kurze Zeit nach Ausbruch der Corona-Pandemie erste Rufe nach einem Konjunkturprogramm. So forderte die SP Schweiz bereits im Frühjahr 2020 die Vorbereitung eines Konjunkturprogramms, das gemäss Medienmitteilung einen Investitions- und Konjunkturplan sowie weitere Massnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur (z.B. Infrastrukturprogramme im Rahmen der Klimapolitik) umfassen soll (SP Schweiz 2020). Die Forderung, dass Investitionen zur Bewältigung der Corona-Krise zugleich Investitionen in die Klimapolitik sein sollen, wird auch von den Grünen geteilt. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einem «Green New Deal» (GPS 2020). Der Schweizerische Gewerkschaftsbund forderte hingegen von den Krankenkassen den Abbau ihrer Reserven und deren Ausschüttung (rund 4 Mrd. Fr.) zugunsten der Versicherten, ausserdem die Anhebung der Kurzarbeitsentschädigung für Geringverdiener von 80% auf 100% (SGB 2020).

Ob derartige Stimulierungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage überhaupt die gewünschten Effekte erzielen können, ist fraglich.

1 Heute wird die Idee, mittels staatlicher Eingriffe das Wirtschaftsgeschehen zu beleben, vor allem mit dem wirtschaftspolitischen Ansatz des «Keynesianismus» verbunden. Dieser geht auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1936) zurück, der – unter dem Eindruck der Grossen Depression – in seinem 1936 erschienen Werk «General Theory» den Regierungen empfahl, die Wirtschaft in Not- und Krisenlagen mit «deficit spending» zu beleben.

Grosser Unterschied zwischen Soforthilfen und Konjunkturprogrammen

Klar abzugrenzen sind die im Raum stehenden Forderungen nach konjunkturellen Massnahmen von den – unbestrittenermassen zurecht beschlossenen – Corona-Soforthilfen. Den Soforthilfen lag nicht die primäre Absicht zugrunde, die Konjunktur anzukurbeln, sondern sie sollten die Unternehmen und Haushalte kurzfristig mit Liquidität versorgen, ihnen dadurch helfen, den staatlich verordneten Lockdown bzw. Slowdown so gut wie möglich zu überstehen, und es sollten systemische Effekte⁻² verhindert werden (Müller et al. 2020). Auch die Soforthilfen leisten aber natürlich einen Beitrag dazu, die Gesamtnachfrage zu stabilisieren und das Produktionspotenzial zu erhalten.

Im Gegensatz zu den Soforthilfen sind Konjunkturpakete auf längere Frist ausgelegt. Sie sollen mit gezielten, befristeten Massnahmen in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen, um den «verlorenen» Output wettzumachen oder zumindest auf einen positiven Wachstumspfad zurückzuführen. Über eine (künstliche) Ankurbelung der Nachfrage sollen – unter Inkaufnahme staatlicher Verschuldung – der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft insgesamt belebt werden.

2 Damit ist gemeint, dass sich eine Krise von beispielsweise einem einzelnen Wirtschaftsteilnehmer oder einer Branche auf die gesamtwirtschaftliche oder sogar internationale Ebene überträgt und ausweitet.

Konjunkturprogramme ergeben derzeit keinen Sinn

Fraglich ist in der momentanen Situation jedoch, ob eine Stimulierung der Nachfrage wirklich wünschenswert ist, denn die wirtschaftlichen Verwerfungen wurden primär durch gesundheitspolitisch motivierte Massnahmen wie den «harten Lockdown» im Frühjahr und den «Lockdown light» im Herbst ausgelöst, in deren Folge sich die ökonomischen Aktivitäten reduziert haben und viele Personen ihren Beruf nur noch beschränkt ausüben können. Durch die Störung internationaler Lieferketten wurden insbesondere im ersten Lockdown Produktion und Handel zusätzlich eingeschränkt. Etwas überspitzt formuliert: Im Gegensatz zu vergangenen Krisen brach in der Corona-Pandemie der Nachfrage das Angebot weg – und nicht umgekehrt.

Ein wichtiges Ziel der Lockdowns ist es ja gerade, der Nachfrage in gewissen Bereichen (Restaurants, Clubs, Kinos, ÖV, Gruppenreisen, Sportanlässe etc.) das Angebot zu entziehen, um dadurch die Verbreitung und Übertragung des Coronavirus zu unterbinden. Massnahmen wie das in Grossbritannien kurz nach Beendigung des ersten Lockdowns erfolgte Verteilen von Restaurantgutscheinen sind aus dieser Perspektive verfehlt, wenn der Konsum mittels staatlicher Vorgaben eingeschränkt werden soll.

Kein akutes nachfrageseitiges Problem

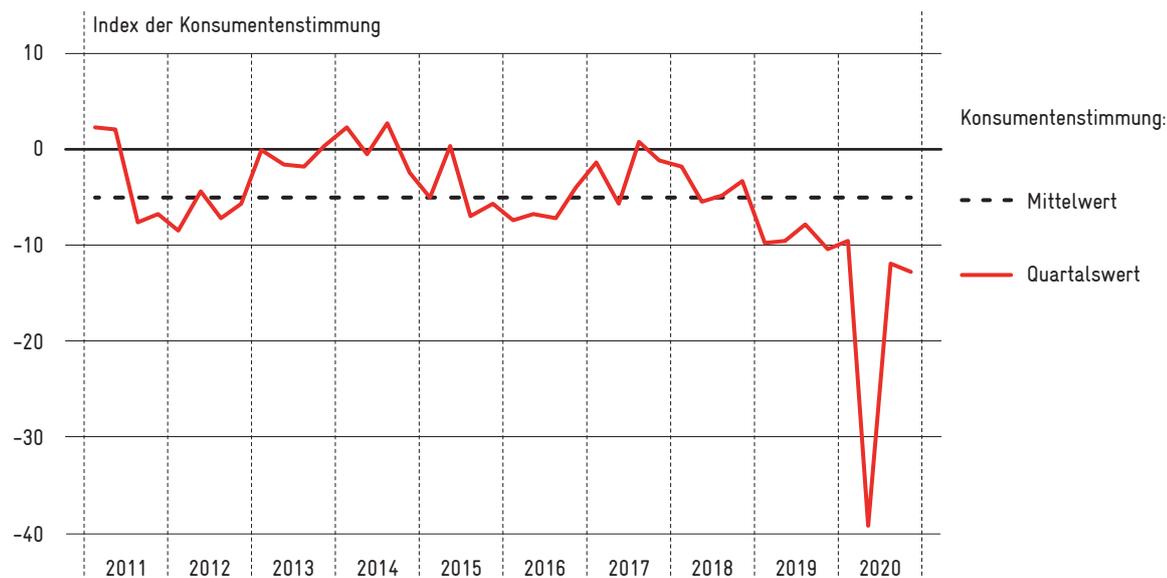
In der Schweiz bestand auch wegen den vorhandenen ökonomischen Stabilisatoren wie der Kurzarbeit kaum ein akutes nachfrageseitiges Problem. Sollte die Pandemie in den kommenden Monaten ohne weitere massive Eingriffe in die Wirtschaft gehandhabt werden können, wird sich die Konsumentenstimmung – die sich seit Anfangs Herbst wieder einigermaßen erholt hat (vgl. Abbildung 1) – vermutlich auch nicht mehr signifikant verschlechtern.⁻³ Im Gegenteil, es ist durchaus möglich, dass ein gewisser Nachholkonsum die Wirtschaftsentwicklung sogar stimulieren wird. So geht die Credit Suisse (2020) davon aus, dass in den kommenden Monaten angesparte Mittel im Umfang von rund 5,5 Mrd. Fr. in den Umlauf gebracht werden könnten. Damit würde etwa die Hälfte des Konsumeinbruchs der vergangenen Monate wieder wettgemacht.

Auch andere Indikatoren, die Rückschlüsse bezüglich des aktuellen Konsums in der Schweiz zulassen, stimmen grundsätzlich positiv. So hat sich das wöchentliche Volumen der Transaktionen mit Bezahlkarten ab Mitte

3 Zwar bleibt die Konsumentenstimmung mit einem Wert von -13 im Oktober 2020 eingetrübt. Gegenüber dem Frühjahr 2020, als der Index auf beinahe 40 Minuspunkte fiel, hat sie sich jedoch wieder massiv verbessert.

Abbildung 1

Deutliche Erholung der Konsumentenstimmung



Der Wert von -5 entspricht dem Mittelwert seit der erstmaligen Erhebung der Konsumentenstimmung durch das Seco im Jahr 1972.

Quelle: Seco (2020c)

des Jahres in etwa wieder auf dem Vorkrisenniveau eingependelt (vgl. Abbildung 2), und auch der Ausbruch der zweiten Corona-Welle im Oktober hat bis anhin zu keinem massiven Konsumeinbruch geführt.

Eine generelle Stimulierung der Nachfrage mittels Konjunkturprogrammen scheint sich aufgrund dieser Entwicklungen zurzeit nicht aufzudrängen. Im Gegenteil, sie könnte sogar – falls die Wirkung einer Stimulierungsmassnahmen mit einem «Nachholeffekt» zusammenfällt – zu einer temporären Überhitzung der Nachfrage führen. Darauf, dass solche Nachholeffekte auf der Konsumseite nicht unrealistisch sind, deutet auch der in Abbildung 3 aufgezeigte deutliche Anstieg der Sparquote der Schweizer Haushalte in den letzten Monaten.

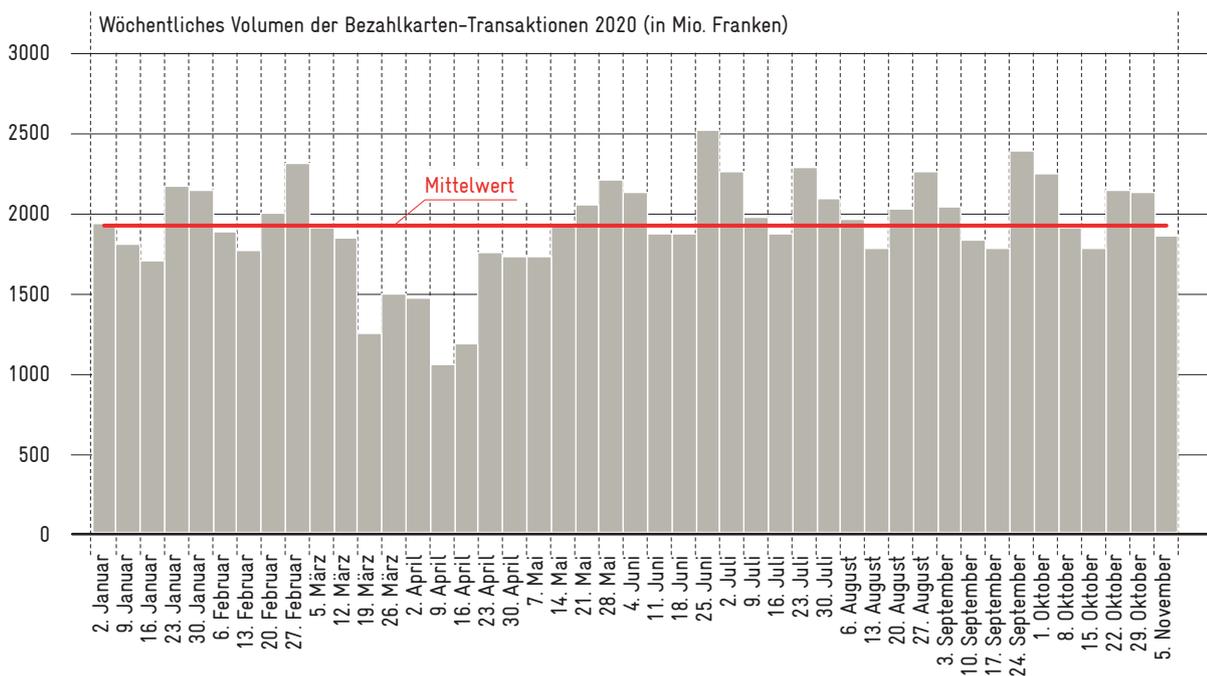
Aussicht auf konjunkturelle Erholung

Generell zeichnen die aktuellen Konjunkturprognosen ein weniger düsteres Bild als noch zu Beginn der Pandemie.⁴ Die Schweiz hatte zwar in den ersten beiden Quartalen des Jahres ein negatives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen und befindet sich somit offiziell in einer Rezession. In seiner aktuellen Schätzung geht das Seco für das Jahr 2020 von einem Rückgang des BIP um 3,8% aus, das KOF schätzt den entspre-

4 Vgl. in diesem Zusammenhang auch den seit dem 20. November 2020 veröffentlichten Index zur wöchentlichen Wirtschaftsaktivität (WWA), der zeitnahe Informationen zur Entwicklung der Schweizer Wirtschaft liefert (Seco 2020b).

Abbildung 2

Konsumausgaben bewegen sich beinahe wieder auf dem Vorkrisenniveau



Enthalten in den abgebildeten Transaktionen sind: Debitkartentransaktionen (POS), Bargeldbezüge mit Debit- und Bankenkarten am Bancomat sowie Kreditkartentransaktionen (POS/online).

Quelle: Monitoring Consumption Switzerland (2020)

chenden Wert auf 3,6%. Für das nächste Jahr prognostizieren Seco und KOF jedoch wieder eine positive Wachstumsrate von 3,8% respektive 3,2% (Seco 2020, KOF 2020).

Gegeben, dass diese Prognosen noch aus der Zeit vor dem Ausbruch der zweiten Welle im Herbst stammen, sind sie allenfalls etwas zu optimistisch. Aufgrund der Tatsache, dass die Ansteckungszahlen inzwischen in den meisten Kantonen trotz relativ geringen Eingriffen in die Wirtschaft wieder rückgängig sind, besteht aber die begründete Hoffnung, dass die Wirtschaft von sich aus wieder aus dem Tief herausfindet und bald wieder auf einen positiven Wachstumspfad einschwenkt.

Ermutigend dürften in diesem Zusammenhang auch die Meldungen über einen Durchbruch bei den Corona-Impfungen sein (NZZ 2020). So besteht ein breiter Konsens, dass die Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffs gegen das Coronavirus eine Grundvoraussetzung für die Rückkehr zur ökonomischen und gesellschaftlichen Normalität darstellt. Auch wenn die konkrete Zulassung einer Vakzine noch aussteht und verschiedene Fragen bezüglich der Impfstrategie des Bundes und der Kantone noch offen sind, darf davon ausgegangen werden, dass im Lauf des nächsten Jahres breitflächig mit der Impfung gegen das Coronavirus begonnen werden kann.

Konjunkturprogramme nur als Ultima Ratio

Was aber, wenn sich die obigen Einschätzungen als zu optimistisch erweisen und die Schweiz in eine langanhaltende Rezession – allenfalls sogar kombiniert mit einer Finanzkrise – schlittert? In einem solchen «Worst case»-Szenario wäre ein starker Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, z.B. ausgelöst durch sich eintrübende wirtschaftliche Aussichten und eine steigende Arbeitslosigkeit, zu erwarten. In Verbindung mit einem weiteren Erstarren des Schweizer Frankens könnten damit überdies Deflationstendenzen einhergehen.⁵ Dass in einem solchen – aus unserer Sicht eher unwahrscheinlichen – Extremszenario allenfalls nachfragestimulierende Massnahmen notwendig würden, sei an dieser Stelle nicht ausgeschlossen.

⁵ Vgl. für eine genauere Charakterisierung eines solchen Szenarios Brunetti (2020).

Wenig effiziente Möglichkeiten zur Steuerung des Konsums

Unabhängig von der Einschätzung der kurz- und mittelfristigen konjunkturellen Entwicklung muss auf die oftmals überhöhten Hoffnungen in die Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen hingewiesen werden. Fiskalische Impulse können dabei grundsätzlich über die Stimulierung des privaten oder des staatlichen Konsums gesetzt werden.

Steigende Sparneigung in Krisenzeiten

Zur Belebung des privaten Konsums werden Massnahmen ergriffen, die das verfügbare Einkommen der Haushalte erhöhen. In Frage kommen beispielsweise Steuer- und Abgabensenkungen, Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge oder auch die Erhöhung der Sozialleistungen. Das Problem dabei ist, dass das zusätzliche Einkommen oft nicht ausgegeben wird, sondern auf dem Sparkonto landet oder zum Schuldenabbau verwendet wird.⁻⁶ Gerade in der Schweiz, die traditionell eine hohe Sparquote aufweist⁻⁷, steigt die Sparneigung in ökonomisch unsicheren Zeiten jeweils sprunghaft an. So zeigt eine Untersuchung der Credit Suisse (2020), dass sich die «freiwillige Sparquote» (d.h. Sparen ausserhalb der obligatorischen Altersversicherung) in der Vergangenheit während Rezessionen jeweils signifikant erhöht hat (vgl. Abbildung 3). Dies lässt sich auch aktuell beobachten, wobei der Anstieg der freiwilligen Sparquote von 13 % auf 22 % als aussergewöhnlich bezeichnet werden muss.

Ein weiteres Problem mit Massnahmen zur Stimulierung des privaten Konsums besteht im Übrigen darin, dass die erhofften Wirkungen für die heimische Wirtschaft schlicht verpuffen, wenn das Zusatzeinkommen für importierte Güter oder direkt im Ausland ausgegeben wird. Kurz: Es ist zu befürchten, dass die nachfrageseitigen Wirkungen solcher Stützungsmaßnahmen im aktuellen Umfeld äusserst bescheiden ausfallen.

Investitionsprogramme kommen in der Regel zu langsam und zu spät

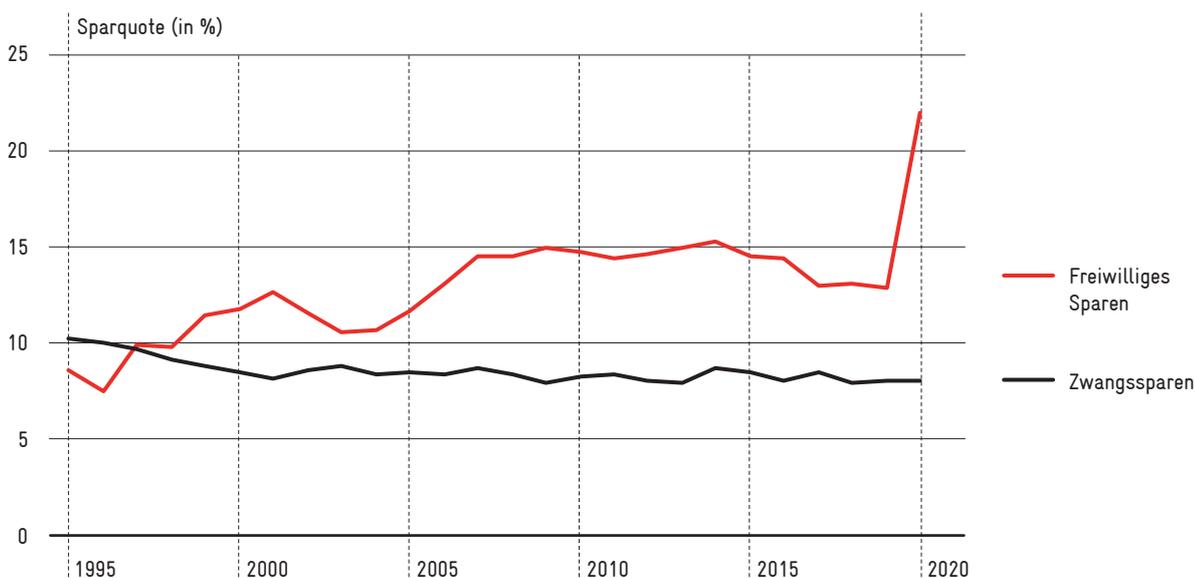
Das wichtigste und am weitesten verbreitete Instrument zur Erhöhung des staatlichen Konsums sind Investitionsprogramme. Deren Wirkungen sind jedoch kritisch zu hinterfragen, weil sie in der Regel mit einer Verzögerung einsetzen und damit meist erst dann zu greifen beginnen, wenn sich die Konjunktur wieder erholt – dann haben sie unter Umständen mit der Be-

6 So verwendeten US-Haushalte Steuerrabatte im Nachgang der Finanzkrise von 2008 zu einem grossen Teil, um Schulden zu begleichen statt zu konsumieren (*Sahm, Shapiro und Slemrod 2010*).

7 Die Sparquote in der Schweiz lag etwa 2017 bei 14,4% (*BFS 2019*). In der Eurozone betrug sie im selben Jahr nur 5,45% (*OECD 2020*), war also um beinahe 10% geringer.

Abbildung 3

Sprunghafter Anstieg der «freiwilligen» Sparquote



Quelle: Bis 2019: BFS (2020); Ab 2020 (Schätzung): Credit Suisse (2020).

feuerung einer bereits heisslaufenden Konjunktur einen negativen Effekt. Zudem setzen sie oft am falschen Ort an. Dies bestätigen etwa die Erfahrungen mit den im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2008 beschlossenen Konjunkturmassnahmen des Bundes.

So hielt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK 2012) in ihrem Bericht zur Konzeption und Umsetzung der damaligen Stabilisierungsmassnahmen fest, dass der Bundeshaushalt nur wenige Investitionsmöglichkeiten enthielt, die sich als Konjunkturmassnahmen eigneten. Speziell dem Vorziehen grosser Infrastrukturprojekte waren enge Grenzen gesetzt, weil sie verfahrensintensiv sind und selten neu terminiert werden können. Ferner waren diese Projekte «baulastig» und kaum geeignet, den damals schwächelnden Exportsektor zu stützen. In der aktuellen Situation dürfte die Problemlage ähnlich sein. So nützt es der Exportbranche, in der aufgrund der Corona-bedingt eingebrochenen Handelsströme Arbeitsplatzverluste drohen, wenig, wenn der Bund z.B. ein Tunnelbauprojekt vorzieht. Auch der stark betroffenen Gastro-, Event- oder Kulturbranche ist unmittelbar wenig geholfen, wenn etwa die Umsetzung von Infrastrukturprojekten forciert wird.

Als Konsequenz des Mangels an geeigneten Projekten kam es 2008 gemäss der EFK auch zu Investitionen, die keine absehbaren Nachfrageimpulse (etwa im Bereich der Forschung) nach sich zogen oder bei denen mangels Vorarbeiten Verzögerungen vorprogrammiert waren. Von den damals eingesetzten 1,7 Mrd. Fr. entfielen letztlich nur etwa die Hälfte auf das Rezessionsjahr 2009. Die restlichen Ausgaben wurden 2010 getätigt, als sich die Schweizer Wirtschaft bereits wieder auf dem Wachstumspfad befand.

Deutlich mehr Kosten als Nutzen

Dem potenziellen Nutzen von konjunkturellen Massnahmen – der sich, wie diskutiert, in der gewünschten Form oftmals nicht materialisiert bzw. in engen Grenzen hält – sind immer auch die möglichen Kosten gegenüberzustellen, die beispielsweise in Form von Staatsverschuldung, Strukturerehalt, Marktverzerrungen, Mitnahmeeffekten oder Fehlanreizen auftreten können.

Dem Vorschlag einer konjunkturell motivierten Anhebung der Kurzarbeitsentschädigung auf 100 % haftet etwa der Makel an, dass damit die (langfristigen) Anreize, eine neue Stelle zu suchen bzw. sich weiter- oder umzubilden, ausgehebelt werden (Müller et al. 2020). Damit wird das originäre Ziel einer Belebung des Arbeitsmarktes konterkariert.

Zudem ist daran zu erinnern, dass die Finanzierung von Konjunkturprogrammen über den öffentlichen Haushalt erfolgt – sie kosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über kurz oder lang also viel Geld und schränkt dadurch ihre Konsum- und Investitionsbereitschaft in der Zukunft ein.

Zielgerichteter Einsatz öffentlicher Mittel zur Pandemiebekämpfung

Konjunkturprogramme sollten deshalb eine Ultima Ratio darstellen und dem Extremfall vorbehalten sein, dass die Schweiz in eine langanhaltende Rezession abdriften sollte. Insbesondere aufgrund der sich erholenden Konsumentenstimmung, der anziehenden Konsumausgaben, der seit dem Frühjahr revidierten Konjunkturprognosen und des sich abzeichnenden Durchbruchs bei der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs kann ein solches Szenario mit grösster Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Triftige Gründe, um über die aktuellen Corona-Soforthilfen hinausgehende Konjunkturpakete zu schnüren, sind somit zurzeit nicht erkennbar.

Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Politik zurücklehnen und das Geschehen sich selbst überlassen sollte. Natürlich sollten weiterhin konsequent alle Massnahmen unterstützt werden, die der direkten Pandemiebekämpfung dienen. Dies betrifft etwa Ausgaben für Test and Tracing⁸ oder für die Bereitstellung von ausreichenden Kapazitäten im Gesundheitswesen, aber auch die Vereinfachung von Regulierungen und Verwaltungsabläufen z.B. für die Zulassung von neuen Testmethoden und Impfstoffen.

⁸ Vgl. dazu auch die Empfehlungen der Swiss National COVID-19 Science Task Force (NCS-TF 2020).

Literatur

- BFS, Bundesamt für Statistik (2019): Haushaltseinkommen und -ausgaben. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung.assetdetail.10867220.html. Zugriff am 24.11.2020.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2020): Verfügbares Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte und POoE. Zu laufenden Preisen. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/volkswirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnung.assetdetail.14347516.html. Zugriff am 24.11.2020.
- Brunetti, Aymo (2020): Wirtschaftspolitische Antworten auf die Corona-Krise: Eine Roadmap für die kurze, mittlere und lange Frist, Policy Paper. staff.wvi.unibe.ch/brunetti/downloads/202008_WirtschaftspolitischeAntwortenAufDieCorona_Krise_Roadmap_V6.pdf. Zugriff am 11.11.2020.
- Bundesfinanzministerium Deutschland (2020): Das Konjunkturprogramm. www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/das-konjunkturpaket.html. Zugriff am 26.10.2020.
- Credit Suisse (2020): Corona-Krise: Was bedeuten die Staatsschulden für die Schweiz und ihre Wirtschaft, Monitor Schweiz, 2Q 2020. www.credit-suisse.com/media/assets/private-banking/docs/ch/unternehmen/unternehmen-unternehmer/publikationen/monitor-schweiz-q2-2020-de.pdf. Zugriff am 24.11.2020.
- EFK, Eidgenössische Finanzkontrolle (2012): Die Konjunkturmassnahmen des Bundes 2008 – 2010: Evaluation der Konzeption und Umsetzung der Stabilisierungsmassnahmen. www.efk.admin.ch/de/publikationen/allgemeine-kommunikation/publikation-nach-pruefnummer-suchen.html?searchword=Die%20Konjunkturmassnahmen%20des%20Bundes%202008%20%E2%80%93%202010.&searchphrase=all#searchres. Zugriff am 24.11.2020.
- GPS, Grüne Partei Schweiz (2020): Green New Deal: Aus der Krise in eine grüne Zukunft. www.gruene.ch/kampagne/green-new-deal-d. Zugriff am 26.10.2020.
- Grünenfelder, Peter; Cosandey, Jérôme; Dümmler, Patrick; Rühli, Lukas; Rutz, Samuel; Salvi, Marco (2020): Mehr Freiheiten für die Unternehmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Avenir Suisse, 01.04.2020. www.avenir-suisse.ch/publication/mehr-freiheiten-fuer-die-unternehmen-zur-bekaempfung-der-corona-pandemie/. Zugriff am 23.11.2020.
- Keynes, John M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. London: Macmillan.
- KOF, Konjunkturforschungsstelle (2020): KOF Konjunkturprognosen. www.kof.ethz.ch/prognosen-indikatoren/prognosen/kof-konjunkturprognosen.html. Zugriff am 26.10.2020.
- Monitoring Consumption Switzerland (2020): monitoringconsumption.com/dashboards/. Zugriff am 24.11.2020.
- Müller, Jürg; Müller, Valérie; Salvi, Marco (2020): Wirtschaftspolitische Antworten auf die zweite Welle. Avenir Suisse, 20.11.2020. www.avenir-suisse.ch/publication/wirtschaftspolitische-antworten-auf-die-zweite-welle. Zugriff am 23.11.2020.
- NCS-TF, Swiss National COVID-19 Task Force (2020): Gründe für eine substanzielle Erhöhung der Ressourcen für Contact Tracing und Testen. ncs-tf.ch/de/policy-briefs/policy-briefs-de/gruende-fuer-eine-substanzielle-erhoebung-der-ressourcen-fuer-contact-tracing-und-testen-06-nov-20-2. Zugriff am 23.11.2020.
- NZZ (2020): Durchbruch bei Corona-Impfung. 10.11.2020.
- OECD, Organisation for Economic Cooperation and Development (2009): OECD Economic Outlook, Interim Report March 2009, OECD Publishing, Paris. doi.org/10.1787/eco_outlook-v2008-sup2-en. Zugriff am 12.11.2020.
- OECD, Organisation for Economic Cooperation and Development (2020): Household accounts. <https://doi.org/10.1787/cfc6f499-en>. Zugriff am 23.10.2020.
- Republik Österreich, Parlamentsdirektion (2020): Aktuelle Gesetzesvorhaben zum Konjunkturpaket. www.parlament.gv.at/PAKT/BUDG/GESETZESVORLAGEN/KONJUNKTURPAKET/index.shtml. Zugriff am 26.10.2020.
- Sahm, Claudia R.; Shapiro, Matthew D.; Slemrod, Joel (2010): Household Response to the 2008 Tax Rebate: Survey Evidence and Aggregate Implications. In: Tax Policy and the Economy. 24(1), S.69–110.
- Seco, Staatssekretariat für Wirtschaft (2020a): Konjunkturprognosen. www.seco.admin.ch/seco/de/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/konjunkturprognosen.html. Zugriff am 26.10.2020.
- Seco, Staatssekretariat für Wirtschaft (2020b): Index zur wöchentlichen Wirtschaftsaktivität. www.seco.admin.ch/seco/de/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/indikatoren/wwa.html. Zugriff am 23.11.2020.
- Seco, Staatssekretariat für Wirtschaft (2020c): Konsumentenstimmung. www.seco.admin.ch/seco/de/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/Konsumentenstimmung.html. Zugriff am 24.11.2020.

- SGB, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2020): Krisenmassnahmen: Wirtschaft stabilisieren und Kaufkraft stärken. www.sgb.ch/themen/wirtschaft/detail/krisenmassnahmen-wirtschaft-stabilisieren-und-kaufkraft-staerken. Zugriff am 26.10.2010.
- SP, Sozialdemokratische Partei der Schweiz (2020): Coronavirus-Pandemie: Drei-Pfeiler-Strategie zur Bewältigung der Krise. www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/coronavirus-pandemie-drei-pfeiler-strategie-zur-bewaltigung-der. Zugriff am 26.10.2020.
- SRF (2020): Frankreichs Premier kündigt 100-Milliarden-Corona-Spritze an. www.srf.ch/news/international/konjunkturhilfe-fuer-frankreich-frankreichs-premier-kuendigt-100-milliarden-corona-spritze-an. Zugriff am 12.11.2020.

Herausgeber Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch
Internes Lektorat Verena Parzer-Epp
Gestaltung Carmen Sopi

© November 2020 Avenir Suisse, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Abbildungen dieses Werks durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

Download www.avenir-suisse.ch/publication/wirkungslose-konjunkturprogramme/